

## Antrag auf Erstellung einer Erklärung nach §§ 66, 67 und 68 Aufenthaltsgesetz (Verpflichtungserklärung)

Ich beantrage die Erstellung einer Verpflichtungserklärung gemäß meinen Angaben auf dem beigefügten Formular.

Mir ist bekannt, dass ein Besuchs- bzw. Touristenvisum nur für die Dauer von maximal 90 Tagen beantragt werden kann.

Soll das Visum zu einem anderen Zweck bzw. für einen längeren Zeitraum beantragt werden, ist dies ausdrücklich zu vermerken.

Das aufgrund meiner Verpflichtungserklärung durch die deutsche Auslandsvertretung erteilte Besuchs- bzw. Touristenvisum kann in der Regel nicht verlängert werden und berechtigt nicht zu einem Daueraufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland.

Für die Entscheidung über ein Besuchs- bzw. Touristenvisum ist ausschließlich die deutsche Auslandsvertretung zuständig.

### Vorzulegende Unterlagen

- Arbeitnehmer - Gehaltsabrechnungen der letzten 6 Monate
- Rentner - Aktueller Rentenbescheid
- Selbständige - Bescheinigung des Steuerberaters über monatlichen Nettoverdienst / letzter Einkommenssteuerbescheid
- gültiger Reisepass oder Personalausweis des Gastgebers / der Gastgeberin
- Wenn die Verpflichtungserklärung von mehreren Personen abgegeben wird müssen alle persönlich versprechen, da die Unterschriften des Gastgebers / der Gastgeberin zu beglaubigen sind.

### Gebühr

Die Verpflichtungserklärung ist gebührenpflichtig. Die Gebühr beträgt 29,00 € pro Einladung.

### Krankenversicherung

Aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Rates ist grundsätzlich eine Reisekrankenversicherung für alle Schengen-Staaten (mit einer Deckungssumme von mindestens 30.000 Euro) erforderlich. Diese Versicherung sollte nach Möglichkeit vom Antragsteller im Heimatland, kann aber auch vom Einlader abgeschlossen werden.

**Erklärung des Verpflichtungserklärenden vor der ABH / AV  
zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

**vom:** .....

**Nr.:** .....

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

**1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen**

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt eines Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat, im Hotel oder in einer durch öffentlich-rechtlichen Träger gestellten Unterkunft) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungserklärende hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Das Vorliegen ausreichenden Krankenversicherungsschutzes wird unabhängig von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Visumverfahrens geprüft und ist eine Voraussetzung für die Visumerteilung.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

## **2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen**

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den Aufenthaltszeitraum von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Einreise oder bei bereits im Bundesgebiet aufhältigen Ausländern ab Erteilung des Aufenthaltstitels im Bundesgebiet und schließt auch Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts ein.

Die Verpflichtung endet vor Ablauf von fünf Jahren mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde. Die Verpflichtung erlischt nicht vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren, wenn ein Asylverfahren angestrengt wird. Dies gilt auch dann, wenn das Asylverfahren mit der Asylanerkennung, der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes positiv abgeschlossen bzw. wenn ein Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Kapitels 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wird.

Für Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen (vgl. § 66 Abs. 1 AufenthG), haftet der Verpflichtungserklärende zeitlich unbegrenzt.

## **3. Vollstreckbarkeit**

Für die aufgewendeten öffentlichen Mittel besteht ein öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. Dieser wird durch Leistungsbescheid geltend gemacht. Der Erstattungsanspruch kann im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

## **4. Freiwilligkeit der Angaben**

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nummer 2 lit. g AufenthV und ggf. Art. 9 Nr. 4 lit. f) i.V.m. Art. 23 Abs. 1 VIS-VO gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass zusätzlich zur Vorlage des Originals eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift des sich Verpflichtenden: .....

Datum,      Unterschrift

# Antrag auf Beglaubigung einer Verpflichtungserklärung

Bitte in **DRUCKBUCHSTABEN** ausfüllen!

Angaben zum Verpflichtungsgeber		Verpflichtungsgeber	ggf. mithaftender Ehegatte
Name (ggf. auch Geburtsname)			
Vorname			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit			
Identitätsdokument / Aufenthaltstitel			
Ausweisnummer			
wohnhaft in (Straße / Hausnummer)			
Postleitzahl / Stadt			
Beruf			
Arbeitgeber			
durchschnittlicher monatlicher Nettoverdienst			
Angaben zum Gast			
Name (ggf. auch Geburtsname)			
Vorname			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Familienstand	m / w		
Staatsangehörigkeit			
Reisepass-Nummer			
Heimatadresse (Straße / Hausnummer)			
Postleitzahl / Stadt / Land			
zuständige Botschaft/Auslandsvertretung			
(Verwandtschafts-)Beziehung zum Antragsteller			
begleitender Ehegatte	Name: Geb.-Dat.:	Vorname: Geb.-Ort:	
begleitende Kinder	Name: Vorname: Geb.-Dat.:	Name: Vorname: Geb.-Dat.:	m / w m / w
geplante Dauer des Besuchs	von	bis	/ Besuchsdauer ca.
beabsichtigter Aufenthaltszweck	<input type="checkbox"/> Besuch <input type="checkbox"/> Studium <input type="checkbox"/> Sprachkurs <input type="checkbox"/> .....		
Wohnadresse während des Aufenthaltes			
Angaben des Verpflichtungsgebers zu seinen finanziellen Verhältnissen			
Ich bin Mieter / Wohnungseigentümer	<input type="checkbox"/> Mieter <input type="checkbox"/> Eigentümer		
sonstige Angaben zu Einkommen und Vermögen, z. B. Kreditverpflichtungen			
Ich habe eine Unterhaltsverpflichtung gegenüber	..... Personen ( <input type="checkbox"/> Ehegatte, ..... Kinder)		
Ich habe in den letzten 6 Monaten weitere Einladungen ausgesprochen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, für ..... Personen		

Ich bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben:

\_\_\_\_\_ (Datum und Unterschrift)

Telefonnummer/E-Mail für Rückfragen: